

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen,
Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag ein besonderer Tag der Mahnung:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Er ist für uns ein Tag des Erinnerns daran, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Gleichzeitig aber auch ein Tag, an dem wir auf die Gefahren für eine friedlichere Welt aufmerksam machen wollen, die von den Regierenden dieser Welt aus gehen .

Die Notwendigkeit eines solchen Tages führen uns jüngst die Medienberichte aus Afghanistan vor Augen. Seit Wochen spielen sich in Afghanistan dramatische Szenen ab. Die in schrecklichen Bilder vom Fluchtchaos am Flughafen in Kabul, und dem jüngsten menschenverachtende Selbstmordanschlag des ISIS-K gipfelten und der Welt das dramatische Scheitern einer jahrzehntelangen verfehlten Afghanistanpolitik vor Augen führen. Es ist das Scheitern einer Politik, die an dem Irrglauben festhält, demokratische Staatlichkeit ließe sich mit militärischen Mitteln durchsetzen. Nach über zwanzig Jahren des Afghanistaneinsatzes internationaler Truppen unter Führung der USA stehen das Land und seine Menschen am Abgrund. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme belasten das Land schwer. Weite Teile der Bevölkerung leben noch immer in Armut. Der Westen hat viel zu sehr auf militärische Intervention gesetzt, sich mit fragwürdigen Kriegsfürsten verbündet und tatenlos zugesehen, wie die wechselnden Regierungen in Kabul die bereitgestellten Hilfgelder in die eigene Taschen wirtschafteten. Die Opfer dieser gescheiterten Strategie sind nun die Frauen und Mädchen, die erstmalig Landesweit Zugang zu Schulen und Bildung erhielten, die Journalist*innen unabhängiger Medien, die die Korruption im Land angingen, sowie die vielen Menschenrechtsaktivist*innen.

Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität.

Auch die Bundesregierung trägt schwere Schuld durch ihren Umgang mit der afghanischen Zivilgesellschaft. Schlaglichtartig verdeutlicht dies ihre Politik der unterlassenen Hilfeleistung für sogenannte „Ortskräfte“ deutscher Einrichtungen.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen!

Was wir endlich brauchen, ist eine andere Sicherheitspolitik. Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auf Entspannung und Kooperation setzt statt auf Konflikt und Konfrontation.

Die Welt könnte ein Stück friedlicher sein und gleichzeitig könnte es weite Teilen der Weltbevölkerung besser gehen, wenn der internationale Waffenhandel begrenzt und die Waffenexporte außerhalb der Nato verboten werden würden. Aber viel zu viele verdienen sich an den Rüstungsexporten eine goldene Nase, nicht nur in den USA,

China oder Russland. Auch die deutsche Waffenlobby gehört zu den Nutznießern dieser Zustände. Mancher militärische Konflikt wäre längst beendet, würden sich die Regierungen dieser Welt an ihr Abkommen und Vereinbarungen halten, die Rüstungslieferungen in Konfliktregionen stoppen, Libyen ist hier nur ein prominentes Beispiel aus der jüngsten Geschichte.

Die Bilanz der aktuellen Bundesregierung ist ernüchternd. Deutschland steht auf dem siebten Platz der Länder mit den größten Rüstungsausgaben. Unter den Top-Ten-Staaten hat der deutsche Verteidigungsetat mit fünf Prozent die größten Zuwachsraten. Die Nato-Zielvorgaben von zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, würde eine weitere Steigerung um 20 Milliarden Euro betragen.

Geld das an anderer Stelle fehlt, für Soziales, für den Wohnungsbau und letztendlich für den Umbau zur Klimaneutralität. Dabei geht es nicht nur um die vielen Milliarden, die an anderer Stelle fehlen, nein auch um die Ressourcenverschwendung, an Rohstoffen, an Energie und letztendlich an Arbeits- und Ingenieursleistung.

Die Welt und wir in Deutschland stehen vor der globalen Herausforderung des Klimawandels, die Bedrohung der Menschheit ist real. Und, dass nicht erst seit den jüngsten Überschwemmungen in Rheinlandpfalz und Niedersachsens: Sie ist uns in dieser Dimension direkt vor unserer Haustür nur noch nicht vertraut. Wohingegen sie in Indonesien, Asien und anderen Staaten der Dritten Welt längst viel deutlicher angekommen ist.

Genauso wie die Transformation der Wirtschaft muss auch die Transformation der Rüstungsindustrie sozial gestaltet werden, die Kolleginnen und Kollegen brauchen eine existenzsichernden Perspektive, sonst treiben wir sie in die Arme der Klimaleugner, der Rechtspopulisten und der Demokratie feindlichen Parteien am rechten Rand.

Eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und wirtschaftlich vernünftig Gestaltung der damit verbunden tiefen Transformation unserer Gesellschaft wird uns nur mit Hilfe massiver Zukunftsinvestitionen gelingen. Deshalb nehmen wir Gewerkschaften die nächste Bundesregierung in die Pflicht: Wir erwarten von allen an der Regierung beteiligten Parteien, dass sie klare Position beziehen – für Abrüstung und Entspannung.

Geht am 26. September zur Wahl – nutzt die Chance wählt den Frieden, wählt die Abrüstung & Entspannung.